

## Selbstbestimmungsrecht der Länder und Regionen auf Gentechnikfreiheit



Dr. Eva Claudia Lang, Lebensmittel- und Biotechnologin, stellvertretende Abteilungsleiterin der Gentechnikabteilung des österreichischen Gesundheitsministeriums (BMG) hauptverantwortlich für alle Angelegenheiten der Grünen Gentechnik

Bereits vor einigen Jahren hat Ernst Schwald von der Bodenseeakademie sein Projekt im Gesundheitsministerium vorgestellt und um finanzielle Unterstützung gebeten. Das Konzept und die Idee dahinter, lokale Besonderheiten zu berücksichtigen, Regionen, Anwender, Landwirte und besorgte Bürger einzubinden, haben in Wien Anklang gefunden. Dr. Lang selbst hat ihre Unterstützung von Anfang an zugesagt: „Ich finde den Gedanken wunderbar, die Gentechnikfreiheit auf regionaler Ebene zu fördern und hinauszutragen. Diese Veranstaltung ist ein sehr guter Multiplikator für eine weitere Verbreitung der Gentechnikfreiheit, mittlerweile sogar über die Bodenseeregion hinaus bis Baden-Württemberg und Bayern.“ Die Beiträge aus dem Gesundheitsministerium sind zwar bescheiden, weil die Gentechnikabteilung eigentlich für die Finanzierung von Risikoforschungsmitteln zuständig ist. Da aber in den alle zwei Jahre stattfindenden Konferenzen der Gentechnikfreien Regionen am Bodensee stets die Risiken der Gentechnik thematisiert werden, kann dies als Informationstätigkeit im Budgettitel des Ministeriums eingeordnet werden.

Dem Motto der Konferenz „Werte schaffen – Regionen stärken“ kann sich die Lebensmitteltechnologin voll anschließen. „Es ist eine sehr wichtige Initiative und eine der bekanntesten in Österreich.“ Rückbesinnung auf die regionalen Besonderheiten und regionalen Werte ist notwendig. Frau Dr. Lang ist nicht nur mit der Absicht zu informieren zur Konferenz gekommen, vielmehr schätzt sie auch die Möglichkeit, das interessante Feedback in die Betrachtungen der Gentechnikabteilung einfließen zu lassen. „Wenn wir wissen, dass die Bürger für eine gentechnikfreie Produktion, gentechnikfreie Futtermittel und Saatgut stehen,

persönliches Engagement zeigen und in kleinen örtlichen Strukturen vorleben, wie die Nahrungsmittelkette gentechnikfrei geführt werden kann, können wir das als Argument verwenden“, deutet sie auf den großen, internationalen Zusammenhang. Denn mit solchen Beispielen kann argumentiert werden, dass durch Engagement die Nachfrage nach gentechnikfreien Produkten sehr wohl befriedigt und das Angebot in der gentechnikfreien Produktion gehalten und ausgeweitet werden kann.

#### Aktueller Stand der Dinge auf EU-Ebene

Das kommende Jahr wird für die Gentechnikabteilung des Ministeriums sehr wichtig werden, zumal sehr viele Fragen offen sind. Die wichtigste ist sicherlich, wie mit dem Selbstbestimmungsrecht der EU-Staaten beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen umgegangen wird. Beim Kommissionsvorschlag ist derzeit alles offen, positiv oder negativ. Mängel des Kommissionsvorschlags sieht Lang in der Unbegründbarkeit bzw. schlechten Begründbarkeit, wenn sich ein Land für die Gentechnikfreiheit entscheiden will.

Nach dem jetzigen Kenntnisstand hat sich die Politik und auch die Gesellschaft in den letzten 15 Jahre, seit sie mit der Grünen Gentechnik im Gesundheitsministerium befasst ist, weiterentwickelt. Vor fünf oder zehn Jahren wäre die öffentliche Diskussion, geschweige denn die Forderung des Selbstbestimmungsrechts für Grund und Boden undenkbar gewesen. Daher hat sich das Problembewusstsein durchaus verändert; wenngleich die Umsetzung auf einem anderen Blatt steht. Weiterentwickelt hat sich auch die Risikoforschung. Gab es in den Anfängen kaum brauchbare Literatur und konnte nur subsumiert oder Annahmen getroffen werden, so liegen jetzt zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse vor. Nicht in allen Bereichen, aber doch in der Bewertung des Umweltrisikobewertung – leider auch Belege für das Nichtfunktionieren dieses Systems, so Lang. Konkrete Beispiele gibt es in USA, wo durch herbizidtolerante Pflanzen große Verunkrautungen entstehen, die ein Abernten mit Erntemaschinen nicht mehr möglich machen und das System ad absurdum führen. „Was wir immer schon gesagt haben, ist leider Realität geworden. Umso mehr müssen wir uns bemühen, dass wir Europa in dieser Hinsicht schützen“, warnte die Expertin der Grünen Gentechnik.